

StGB 263; StPO 261

Schaden; Berechnung; Wahrscheinlichkeitsaussage;
Honorarrechnung

BGHSt 36,320 ;MDR 90,354;NStZ 90,197;NJW 90,1549;wistra 90,191;
StV 90,149;

BGHR StPO § 261 - Überzeugungsbildung 12

U - Zur Ermittlung der Höhe des Schadens bei betrügerischer kassenärztlicher Abrechnung. (BGHSt)

[Das Landgericht hat den angekl. Kassenarzt wegen Betruges zu drei Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Es ist davon ausgegangen, daß er von 1981 bis 1983 unberechtigt Kassenhonorare in Höhe von rd.128.000 DM und in den Jahren 1984 und 1985 in Höhe von rd. 100.000 DM bezogen habe. Die Feststellungen dazu sind wie folgt getroffen worden: Schon im Ermittlungsverfahren sind nach dem Zufallsprinzip 62 Patienten ausgewählt worden, die der Angekl. in den Jahren 1984 u. 1985 behandelt hatte. Durch Vernehmung dieser Patienten und des Praxispersonals hat das Landgericht ermittelt, wie oft der Angekl. bei diesen Patienten zu Unrecht bestimmte Leistungen abgerechnet hat. Daraus hat das Landgericht eine "Beanstandungsquote" für die einzelnen Leistungen errechnet und diese Quote unter Beachtung einer Streuungsbreite in einem mathematisch-statistischem Verfahren hochgerechnet auf alle Patienten, die der Angekl. 1984/85 behandelt hat. - Patienten aus 1981-1983 hat das Landgericht nicht vernommen. Die für 1984/85 ermittelte Beanstandungsquote hat das Landgericht auf 1981-1983 erstreckt und so den Betrugsschaden für diesen Zeitraum bestimmt. Der BGH hat das Urteil (mit Ausnahme der Feststellungen "zum äußeren Tatgeschehen der Abrechnungszeiträume 1984 und 1985") aufgehoben, weil die Beweisgrundlage für die Zeiträume 1981 bis 1983 unzureichend sei. Schon früher vom BGH geäußerte Bedenken gegen Schuldfeststellungen, die sich im Wege der Hochrechnung auf die Tatsache gründen, daß sich der Täter schon einmal so verhalten habe, beständen fort. Hier reichten die Aussagen des Praxispersonals zu der weiteren Voraussetzung der Hochrechnung - daß sich der Angekl. stets gleichartig verhalten habe - aus tatsächlichen Gründen nicht aus. - **Gegen die Anwendung der Hochrechnung auf der Grundlage mathematisch-statistischer Methoden erhebt der Senat - wie er im einzelnen darlegt - keine Einwände.**]